Als die EZB den Stecker zog

Die Europäische Zentralbank ist die Herrin des Euro – und hat die Schließung der griechischen Banken erzwungen. Über eine unkontrollierte Macht. Von Wim Zimmer

Eigentlich hatte die griechische Regierung keinen schlechten Plan: Zu ihrem Amtsantritt Ende Januar erzielte der Staat Überschüsse im Haushalt. Athen brauchte also keine Kredite von der Eurozone oder dem Internationalem Währungsfonds. Die laufenden Ausgaben konnte es mit seinen Einnahmen bestreiten und war damit unabhängig von neuen Krediten der Gläubiger, mit denen ohnehin nur alte Kredite bedient werden sollten. Mit dieser finanziellen Unabhängigkeit im Rücken wollte die SYRIZA-Regierung über Sparauflagen und Bedingungen der Schuldenbedienung verhandeln. Doch hing dieser Plan von Anfang an davon ab, dass eine Institution mitspielt: die Europäische Zentralbank (EZB). Doch die spielte nicht mit. Sie zwang Athen in die Knie – und überschritt damit nach Ansicht vieler Ökonomen ihre Kompetenzen.

Das Verhalten der EZB gegenüber Griechenland in den letzten Monaten wird meist mit »Erstickungs-Metaphern« beschrieben. »EZB gibt Griechenland Luft zum Atmen«, schrieb die ZEIT, die EZB »ist der Strick um unseren Hals«, klagte Ministerpräsident Alexis Tsipras, und am drastischsten war sein Finanzminister Yanis Varoufakis: Die EZB betreibe »finanzielles Waterboarding«.

Waterboarding ist eine Foltermethode, vorzugsweise vom US-Geheimdienst CIA eingesetzt. »Beim Opfer wird durch Ausnutzen des Würgereflexes physiologisch der Eindruck unmittelbar drohenden Ertrinkens hervorgerufen, indem durch ein Tuch über Mund und Nase, das ständig mit Wasser übergossen wird, der Atemwiderstand stark erhöht wird.« (Wikipedia)

Die Metapher ist treffend. Mit Hilfe der EZB brachte die Euro-Zone die griechische Wirtschaft in kürzester Zeit zu Boden. Statt eines ursprünglich prognostizierten Wirtschaftswachstums rutschte das Land in die Rezession. Die noch kürzlich soliden Banken wanken am Rande der Pleite und brauchen voraussichtlich 25 Milliarden Euro frisches Geld. Der Staatshaushalt ist tief ins Minus gerutscht. Die Schuldenquote für

Wim Zimmer ist Ökonom und lebt als freier Journalist in Berlin.

2015 wird wohl nicht wie erwartet 170 Prozent der Wirtschaftsleistung betragen, sondern eher 200 Prozent. Ein grandioser Absturz. Und das alles nur in sechs Monaten.

Was gibt der EZB diese Macht? Sie ist die Herrin des Euro. Und damit die Herrin der Banken, auch der griechischen.

Banken sind heute die Drehscheibe kapitalistischen Geschäfts. Von ihrer Kreditvergabe hängt alles ab. Gleichzeitig sind sie keine Institutionen, die einen großen Geldsack haben, von dem sie Teile verleihen. Tatsächlich leihen sich Banken selbst Geld und verleihen es weiter, und zwar mehrfach. Das dürfen sie. Kreditgeber der Banken sind andere Banken, Unternehmen und normale Menschen – das Guthaben, das wir auf unseren Kontoauszügen sehen, ist der Betrag, den wir der Bank geliehen haben. Eine Bank ist somit ein Geflecht aus Zahlungsforderungen an ihre Schuldner und Zahlungsverpflichtungen ihrer Gläubiger. Reißt dieses Geflecht, steht jede Bank vor dem Ruin.

Um das zu verhindern, steht die Zentralbank bereit. Auch die EZB. Sie kann Euros »drucken«, also aus dem Nichts schöpfen. Sie kann daher Banken theoretisch unendlich Kredit geben und sie damit in Notfällen über Wasser halten. Sie ist der Rettungsanker jeder Bank. Daher wird sie auch »Lender of last resort« genannt – Kreditgeber der letzten Instanz. Doch diese elementare Funktion jeder Zentralbank auf der Welt wollte die EZB zuletzt nicht mehr für Griechenland ausüben. Und zwang es damit zur Kapitulation.

Bereits im Dezember 2014 begannen die Probleme der griechischen Geldhäuser. Die Aussicht auf Neuwahlen und die politische Unsicherheit führten schrittweise dazu, dass die Einleger ihre Konten räumten: Unternehmen und vor allem private Haushalte hoben Geld ab, sprich: Sie strichen den Banken den Kredit. Die Geldhäuser machten sich also auf die Suche nach neuer Liquidität, doch an den internationalen Kapitalmärkten herrschte eher Skepsis bezüglich Griechenlands. Also wandten sie sich an ihre letzte Geldquelle: die Zentralbank. Und damit begann das Drama.

Um von der Zentralbank Geld zu leihen, muss eine Bank ein Pfand hinterlegen, ein Wertpapier. Die griechischen Banken hatten vor allem griechische Staatsanleihen anzubieten, also Schuldscheine Athens. Das war auch zunächst kein Problem. Doch am 11. Februar feuerte die EZB einen ersten Warnschuss ab: Sie akzeptiere keine griechischen Staatsanleihen mehr als Pfand für Kredite. Warum nicht? Weil die Verhandlungen zwischen Athen und seinen Gläubigern stockten, das Kreditprogramm für Griechenland sollte am 20. Februar auslaufen. Ohne Kreditprogramm aber, so die EZB, wäre Athen pleite, seine Staatsanleihen wären wertlos – und damit die Pfänder der griechischen Banken.

Zwar wurde das Kreditprogramm bis 30. Juni verlängert. Doch die EZB verweigerte dennoch die Annahme griechischer Staatsanleihen, solange Athen kein »Hilfsprogramm« mit den Gläubigern vereinbart hatte. Um Griechenlands Banken am Leben zu erhalten, gewährte sie allerdings Notkredite: Sie erlaubte der griechischen Zentralbank, auf eigenes Risiko weiter griechische Staatsanleihen als Pfand zu akzeptieren – allerdings nur in einer Höhe, die von der EZB genehmigt wurde.

Damit war die Falle gestellt: Die griechischen Banken verloren Einlagen und mussten dies durch ELA-Kredite ausgleichen, um nicht unterzugehen. Die EZB jedoch machte die ELA-Kredite abhängig davon, dass Athen eine Einigung mit den Gläubigern findet. Damit war klar: Ohne Einigung gehen Griechenlands Banken unter. Und eine Einigung gibt es nur, wenn Wolfgang Schäuble zustimmt. Das Waterboarding begann.

Indem die EZB die ELA-Erhöhungen stoppte, führte sie herbei, wovor sie warnte: den Kollaps der griechischen Banken.

Von da an starrte die ganze Welt auf die EZB, die Woche für Woche das Volumen der ELA-Kredite neu festlegte und damit im Wochenrhythmus die Frage aufwarf, wann sie wohl »den Stecker zieht« (Commerzbank). Das sorgte für eine permanente Verunsicherung. In den Folgewochen zogen immer mehr Griechen ihr Geld von den Konten ab. Jede Aussicht auf ein Scheitern der Verhandlungen schürte die Furcht, dass die EZB die griechischen Banken fallen lassen würde und die Sparer ihr Geld verlören. Wie in Zypern.

Geschürt wurde diese Panik – vermutlich gezielt – von der Gläubigerseite mittels Gerüchten und dem Durchstechen von Informationen. Typisch war hier eine Episode von Mitte Juni. Am 16. Juni berichtete die »Süddeutsche Zeitung« von einem »Notfallplan« der EU: Ohne Einigung mit den Gläubigern würden in Griechenland Kapitalverkehrskontrollen eingerichtet, sprich: die Banken schließen. Die Quelle für diese Nachricht wurde nicht genannt, lag aber vermutlich in »Brüssel«.

Zwei Tage später, am Donnerstag, berichtete die Nachrichtenagentur Reuters unter Bezug auf »mit den Verhandlungen vertrauten Personen« von einem Gespräch zwischen Eurogruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem und EZB-Direktor Benoit Coeuré. Coeuré habe gesagt, er wisse nicht, ob die griechischen Banken am folgenden Montag noch öffnen könnten. Das heizte die Kapitalflucht an und setzte die griechische Regierung unter Druck – just drei Tage vor einem weiteren EU-Krisengipfel.

Mehr als drei Milliarden Euro wurden in diesen Tagen von den griechischen Banken abgehoben. Die Finanzhäuser blieben damit darauf angewiesen, dass die EZB den Rahmen für die ELA-Kredite immer weiter anhob. Was sie auch tat. Doch am 27. Juni verkündete Tsipras ein Referendum über die Sparforderungen der Gläubiger. Einen Tag später beschloss die EZB: ELA wird nicht erhöht. »Diese Entscheidung war absurd und katastrophal«, rügte der US-Ökonom Jeffrey Sachs. »Indem die EZB die griechischen Banken schließt, legt sie letztlich die gesamte griechische Ökonomie still.« Und der Ökonom Charles Wyplosz kommentierte: »Letztlich drückt die EZB Griechenland damit aus der Euro-Zone.«

Als Reaktion musste die griechische Regierung die Banken schließen, um den Kapitalabfluss aus dem Land zu stoppen. Überweisungen ins Ausland wurden stark eingeschränkt, und die Sparer konnten pro Tag nur noch 60 Euro von den Geldautomaten abholen. Die Folgen waren katastrophal: Importwaren blieben in den Häfen von Piräus und Thessaloniki liegen, weil sie nicht bezahlt werden konnten. Es drohte Benzinknappheit, vor den Tankstellen bildeten sich lange Schlangen. Krankenhäuser warnten, ihre Vorräte an Medikamenten reichten nur noch Tage. In den Büchern der Banken schwollen die faulen Kredite an.

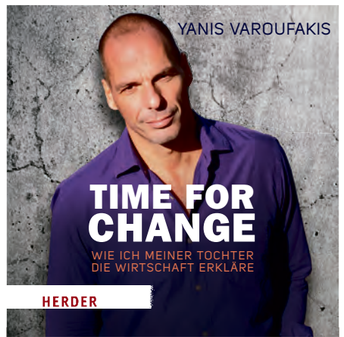
Die Griechen stimmten beim Referendum zwar mit »Oxi«. Doch schon wenige Tage später musste die griechische Regierung sich den Forderungen der Gläubiger beugen. »Letztlich hat Griechenland kapituliert, weil die EZB es dazu gezwungen hat«, schrieb Martin Sandbu von der »Financial Times«. Die Zentralbank »hat die Schließung des Bankensystems erzwungen und klargestellt, dass sie es nur bei einer Einigung mit den Gläubigern wieder funktionieren lassen würde«.

Die EZB verteidigt sich gegen Vorwürfe, sie habe politisch gehandelt, und verwies auf ihre Regeln, die ihr keine Wahl ließen – sie dürfe nicht ein Bankensystem finanzieren, das insolvent sei. Und da die Reserven der griechischen Banken vor allem aus Schuldscheinen Athens bestünden, hinge ihre Solvenz von einer Einigung Athens mit den Gläubigern ab. Ohne eine solche Einigung sei Athen pleite, seine Schuldscheine seien nichts wert und das Bankensystem bankrott. »Unsere Regeln zwingen uns dazu, an dem Punkt sofort aufzuhören, wenn es keine Aussicht auf eine politische Einigung für ein Programm gibt«, sagte EZB-Direktor Christian Noyer.

Das klingt logisch. Ganz so eindeutig ist die Lage aber nicht. Denn indem die EZB die ELA-Erhöhungen stoppte, führte sie genau das herbei, wovor sie warnte: den Kollaps der griechischen Banken und damit die Pleite Athens. »Bei diesem Teufelskreis fällt die Unterscheidung zwischen einer gerechtfertigten Notstandsmaßnahme und einer widerrechtlichen Erpressung schwer«, schrieb der Ökonom Martin Hellwig, ehemals Leiter der Monopolkommission, und mahnte: »Das Gefügigmachen von Mitgliedsregierungen gehört nicht zu den Zielen und Aufgaben« der EZB.

Am frühen Morgen des 16. Juli stimmte das griechische Parlament wesentlichen Vorgaben der Gläubiger zu, unter anderem der Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Senkung von Renten. Am selben Tag beschloss die Eurozone eine Brückenfinanzierung für Griechenland über sieben Milliarden Euro. Gleichzeitig erhöhte die EZB den ELA-Rahmen um 900 Millionen Euro – und am Montag öffneten die griechischen Banken wieder ihre Tore.

ANZEIGE



Hörbuch – Gelesen von Frank Stöckle
€ 19,99 ISBN: 978-3-451-35128-0
Erschienen im Herder Verlag